

Ich warne vor solchen Pauschalvorwürfen. Sie, die Abgeordneten der Volkskammer, wissen, was es zu bedeuten hat und was es für Wirkungen haben kann, wenn einfach Pauschalvorwürfe oder aus dem Ärmel gezogene Verdächtigungen auf den Tisch gelegt werden, was für menschliche Tragödien dahinter stecken. Hier sollte man vernünftig miteinander umgehen.

Aber ich habe eine riesengroße Sorge. Ich habe hier mehrfach - auch von Ihnen, Herr Minister, und ich freue mich immer wieder darüber - das Bekenntnis zum Bildungspluralismus gehört, das Bekenntnis dazu, daß die Länder ein gutes, funktionierendes Bildungswesen aufzubauen haben. Allein mein Kenntnisstand über die Vorbereitung der Bildungsstrukturen in den Ländern ist anders. In Sachen zum Beispiel gibt es ganz klare Weichenstellungen in Richtung: Von Baden-Württemberg übernehmen wir das mehrgliedrige Schulsystem ohne Alternativen. So ungefähr. Das ist schon sehr weit fortgeschritten. Ich warne entschieden davor. Wir haben auch im Bildungsausschuß darüber gesprochen. Ich glaube, das kann nicht so funktionieren.

Ich glaube, wir müssen auch den Minderheiten, die jetzt dabei sind, alternative Schulsysteme zu entwickeln, diesen Minderheiten, die gewachsen sind aus wirklichen Eltern- und Lehrerinitiativen, Volksinitiativen, eine Chance geben.

(Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Und noch eine Gefahr ist dabei: Wenn wir den Lehrern einfach Meder irgend etwas vorgeben von oben, passiert etwas sehr Bedenkliches mit diesen Lehrern: Die Lehrer werden - ich will es mal ganz drastisch sagen - wieder zum Opportunismus gedrängt. Jetzt muß jedem Lehrer in diesem Land die Chance gegeben werden, er muß in die Pflicht genommen werden, daß er sich selbstkritisch auseinandersetzt mit seiner Rolle, die er in der Vergangenheit gespielt hat. Und nur auf dieser Basis kann er dabei mitwirken, ein neues Schulwesen hier wachsen zu lassen und zu entwickeln. Das ist ganz wichtig.

Wir erleben jeden Tag - und ich bin schockiert darüber -, wie Lehrer versuchen, von einem Tag auf den anderen in eine neue Haut zu schlüpfen.

Es kommen z. B. Informationen - Sie werden jetzt wieder protestieren -, daß eben eine Musiklehrerin am dritten Schultag sofort mit den Kindern nicht die Nationalhymne der BRD, sondern das Deutschlandlied einübt. Ich möchte nicht wissen, was die Lehrerin vorgestern mit den Kindern gemacht hat, aber das ist die Position, das ist die Situation in unserem Land, bei Offizieren, bei Lehrern und überall. Wir haben heute hier ein Musterbeispiel bekommen, wie das funktioniert. Herr Schwarz trat hier wieder mal auf. Ich hätte gewünscht, er hätte hier dazu geredet. Herr Schwarz, der immer so sehr schöne rhetorische Fähigkeiten als Widerstandskämpfer entwickelt, ich muß ihm korrigierend sagen: Ich habe nie erlebt, daß ein Lehrer gezwungen wurde, in diesem Land eine pädagogische Lesung zu erarbeiten.

(Beifall, vor allem bei der PDS)

Und dazu hatte noch jeder die Möglichkeit, das Thema auszuwählen. Und wenn sich Herr Schwarz dieses Thema auswählte und so eine pädagogische Lesung erarbeitet, na, dann möchte ich wissen, wie es bei ihm aussieht mit der Vergangenheitsbewältigung. Das ist ein negatives Musterbeispiel für mich, wie Lehrer mit ihrer Vergangenheit umgehen, und wir drängen sie in die Rolle. - Danke schön.

(Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich bitte als letzten Redner von der Fraktion CDU/DA den Abgeordneten Albrecht, das Wort zu nehmen.

Albrecht für die Fraktion CDU/DA:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die CDU/DA-Fraktion begrüßt ausdrücklich, daß sich das Hohe

Haus heute in einer Aktuellen Stunde mit der Bildung befaßt. Gerade in der Schule muß Bildung vorgelebt werden. Die Schule ist der Ort, an dem die jungen Menschen auf das Leben in einer demokratischen Gesellschaft vorbereitet werden. Insofern entspricht es dem hohen Stellenwert von Bildung, wenn wir uns für dieses Politikfeld Zeit nehmen. Nur, die Aktuelle Stunde kommt spät, zu spät, um nach den heutigen Wort- und Redebeiträgen auch politische Taten folgen zu lassen. Und das ist es doch, was die Menschen mit Recht von uns verlangen.

Wir haben in den zurückliegenden 150 Tagen Parlamentsarbeit zahlreiche Gesetze und Verordnungen auf den Weg gebracht, die die Einigung auch in der Bildung vorbereitet haben, die gleichzeitig aber auch den Spielraum ermöglichen haben, der den Ländern bei der Ausgestaltung des Bildungswesens innerhalb einer föderalen Ordnung zusteht. Wir möchten daher im Rückblick auf diese Zeit die Arbeit des Ministers für Bildung und Wissenschaft - er hat manche Gratwanderung dabei hinter sich gebracht - sowie auch des zuständigen Ausschusses mit Nachdruck würdigen.

(Vereinzelt Beifall, vor allem bei CDU/DA)

Meine Damen und Herren! Wenn nun aber - wie im Ausschuß geschehen - verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Arbeit des Ministers angedeutet werden, so teilt die CDU/DA-Fraktion diese Bedenken nicht. Allerdings müssen wir uns wundern, daß diejenigen, die ansonsten zurecht bildungspolitischen Rege-lungsbedarf reklamiert haben, heute nun das bisher Erreichte in Frage stellen wollen. Dies ist politisch nicht zu verstehen. Vollends ungläubig wird diese Attacke gegen den Minister, wenn man den Zeitpunkt dieser Aktuellen Stunde betrachtet. Hier drängt sich in fataler Weise der Verdacht auf, sie führen ihren Wahlkampf bereits in der Volkskammer und nicht erst auf ihrem Parteitag.

(Beifall, vor allem bei CDU/DA)

Meine Damen und Herren! Wenden wir uns wieder oder auch weiter konstruktiver Arbeit zu. Schule muß die jungen Menschen auf das Leben in einer demokratischen Gesellschaft und in einer sozialen Marktwirtschaft vorbereiten. Dabei ist es Aufgabe der Schule, auf der einen Seite das Bewußtsein zu wecken, daß in einer Leistungsgesellschaft jenen geholfen werden muß, die nicht oder nur eingeschränkt leistungsfähig sind, die also der Hilfe bedürfen. Andererseits ist aber die Gesellschaft darauf angewiesen, auch diejenigen gezielt zu fördern, die zu besonderen Leistungen fähig sind, denn gerade diejenigen sind es, die die Voraussetzungen dafür schaffen, daß eine Gesellschaft soziale Leistungen erbringen kann. Dies bedeutet, daß sich die Schule auf die Entwicklung besonderer Neigungen, Begabungen, Interessen der Schüler konzentrieren muß. Sie darf angesichts der Unterschiedlichkeit der Menschen kein einheitliches Bildungsangebot machen. Sie muß mit gleichwertigen, aber verschiedenartigen Bildungsangeboten auf die Menschen zugehen. Mit anderen Worten: Wir brauchen ein differenziertes, vielgliedriges Schulwesen. Der uns über Jahrzehnte verordneten Einheits-schule für alle Kinder erteilen wir eine eindeutige Absage. Wir lehnen als CDU/DA-Fraktion aber auch eine Scheindifferenzierung ab, wie sie in der sogenannten Gesamtschule praktiziert wird, die uns einige von der SPD als Nachfolgemodell verordnen wollen.

Meine Damen und Herren! Eltern, Lehrer und Schüler wollen zwischen verschiedenen Schulformen wählen. Freiheit ist auch Freiheit der Schulwahl, und wer heute wieder die Einheitschule für alle Kinder unter neuem Etikett predigt, der füllt alten Wein in neue Schläuche. Wir brauchen aber jungen Wein, wir brauchen ein Schulangebot, welches den Herausforderungen unserer Zeit gerecht wird. Die CDU/DA-Fraktion begrüßt daher ausdrücklich, daß im Rahmen des Einigungsvertrages die Vielgliedrigkeit des Schulwesens in den zukünftigen Ländern ermöglicht wird. So wird eine differenzierte Schullandschaft möglich, die ein hohes Maß an individueller Förderung ermöglicht, die zwischen den verschiedenen Bildungsgängen Durchlässigkeit garantiert und damit den Kindern gerecht wird.

Wir sehen es als ebenso wichtig an, daß für den Lehrer im Regelfall der Beamtenstatus vorgesehen ist, der den Lehrer poli-